

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Gesamtdirektor: Amt Norden 2493 und 2506.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Gesamtdirektor: Amt Norden 11007 und 11008.

Die "Freiheit" erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, in Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei hiesiger Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zustellung unter Streifenband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Besorgung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich.

Berliner Organ

Inserate kosten die Nebenspaltsene Millimeterzeile aber deren Raum 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Versammlungsanhängungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition abgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Sonnabend, den 23. November 1918

Nummer 15

Die Ernährungsschwierigkeiten Deutschlands.

Dringlichkeit der amerikanischen Hilfe.

Vom Staatssekretär des Kriegsernährungsamts, Wurm, erhalten wir folgende Mitteilung:

In der auswärtigen Presse hat es vielfach Bestreben erregt, daß Deutschland kurz vor der Hungertodesnot stehen soll, während die frühere Regierung erklärt hätte, die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln sei bis zum Schluss des Krieges gesichert. Wie sich jetzt zeigt, ist früher die Nahrungsmittelversorgung Deutschlands viel zu günstig eingeschätzt worden. Dazu kommen die Folgen der militärischen Niederlagen. In den von Deutschland besetzten Gebieten des Ostens waren ungefähr 1.500.000 Menschen und 500.000 Pferde untergebracht und versorgt. Die Geschäfte- und Beziehungen mit der Ukraine, im Don- und Kubangebiet verstanden nach Ansicht der damaligen Reichsregierung reichliche Zusätze an Getreide und Futtermitteln. Insbesondere glaubte man auf dem See- und Danauwege große Mengen von Getreide und Getreideprodukten zu beschaffen zu können.

Dies alles ist mit einem Schlag zusammengebrochen. Aber auch die heimische Ernte ist geringer, als man sie in Rechnung gestellt hatte, namentlich bei den Kartoffeln. Dazu kommt, daß die letzten kriegerischen Ereignisse das rollende Material stark im Anspruch nahmen und dadurch die Winterernte der großen Industriezentren mit Kartoffeln in starken Mängeln brachte. Mit dem Augenblick des Waffenstillstandes haben fast alle Kriegsgefangenen, auf deren Arbeitskraft die heimische Landwirtschaft im wesentlichen beruht, die Arbeit eingestellt. Dadurch sind Millionen von Semestern Kartoffeln in der Erde geblieben und bei dem unerwartet früh eingetretenen Frostwetter dem Verderben anheimgefallen. Der heimische Viehbestand zeigt von Monat zu Monat eine geringere Ergiebigkeit an Schlachttier- und sonstigen tierischen Produkten. Schon seit 1 Jahren mußte in den Viehbeständen tief eingegriffen werden, um auch nur die ungenügende Fleischration aufrechtzuerhalten. Dabei konnten selbst die Rückläufe nicht gespart werden, woraus sich für die Kinderernährung und die Sterblichkeit der Säuglinge bei einer auch nur noch wenige Monate dauernden Fortsetzung dieses Vorgehens die entsetzlichsten Folgen ergeben müssen. Durch die auf Grund der harten Waffenstillstandsbedingungen notwendig gewordenen überleiteten Kümmerschick und Rücktransport des Viehes ist eine schreckensmäßige Verarmung des Provinzialviehbestandes und dessen restlose Ausbeutung in die Heimat notwendig geworden. Verschärft wird diese Not noch durch die uns ausbeutende überfüllte Abgabe der Transportmittel, wodurch Störungen in dem Verkehr zwischen Lägern, Mühlen, Röhrenmüllfabriken, Verteilungsstellen und Kommunalverbänden unvermeidlich sind, ferner dadurch, daß in manchen Gegenden die heimischen Gewässer die Versorgung ihrer Ufergemeinden mit Wasser bei den berechtigten Ansprüchen der Gesamtheit vorantreiben, so daß bedeutende Mengen von Vorräten vorzeitig und planlos einem unregelmäßigen Verbrauch zugeführt werden.

Durch alle diese Bedingungen ist eine Lage entstanden, in der nur die schnellste Heranschaffung von ausländischen Nahrungsmitteln das deutsche Volk vor dem Hunger bewahren kann, selbst wenn die Landbevölkerung in Erkenntnis der drohenden Lage zur Milderung aller entbehrlichen Feldfrüchte und zur genaueren Inanspruchnahme der kriegswirtschaftlichen Verordnungen bereit ist. Obwohl der zentrale Verwaltungsapparat völlig ungeeignet ist, so steht doch infolge des Mangels an Rohstoffen und an Transportmitteln der Zusammenbruch vor der Tür, falls es nicht gelingt, daß große Versorgungsdefizite in den Hauptwohngebieten durch rechtzeitiges Einsetzen der in Aussicht gestellten amerikanischen Hilfsaktion und einer unmittelbar einsetzenden Hilfsbereitschaft der Neutralen so auszugleichen, daß die ausländischen Zufuhren die inländischen Vorräte genügend ergänzen.

Die Reaktionsäre regen sich

Die alldeutschen Organe, die einige Tage eingeschüchtert schliefen, beginnen ihre frühere Unversöhnlichkeit wiederzugewinnen. „Wessen Politik“ fragt die „Tägl. Rundschau“ — „Ist Bankrott gemacht? Diejenigen der „Alldeutschen“, die vor dem Geschick der Pazifisten warnen, oder diejenigen, die dem „Vollen Aufschwung“ heute und uns in Revolution und Schande laien? ... Schon diese Fragestellung zeigt, in welcher Richtung die Reaktionsärgeren Gewaltpotenzen ihre gegenrevolutionären

Wählbarkeit zu führen gedenken. Die Revolutionsregierung soll verantwortlich gemacht werden für die schweren Folgen der militärischen Katastrophe, die die alldeutschen Reichspolitiker heraufbeschworen haben. Die Gegenrevolutionäre hoffen, aus diesen Schwerezeiten Kapital für sich zu schlagen. Sie werden sich kluschen. Was die Zukunft auch bringen mag — ihre Stunde kommt immer wieder.

Ein Skandal.

Wienern mittig gegen 2 Uhr ist unser Genosse Döring, Heizer der Marine, der seit Jahren in der Partei tätig ist, plötzlich eines Befehles des Marschalls verhaftet worden. Der Befehl zur Verhaftung ging vom sechsten Kommandanten Graf Metternich aus.

Wir fordern unverzügliche Befreiung des Genossen Döring und strenge Verurteilung desjenigen, der den Befehl zur Verhaftung gegeben hat. Wir fordern sofortige Aufklärung darüber, wer den Grafen Metternich zum Kommandanten des Marschalls ernannt hat. Unser Kamerad Obermaat Witzorel, der frühere Kommandant des Marschalls, steht auf revolutionärem Boden, bei der Abwehr des Putschversuchs des Korvettenkapitän Brechtweider. Auf seinen Forderungen beruht ein treuer, zuverlässiger Genosse, und nicht ein Junker, der seine Kommandantur zu reaktionären Willkürakten ausbeutet.

Zur Frage der Sozialisierung.

Die Volksbeauftragten im Finanzministerium Dr. Südekum und Hugo Simon erklärten einem Vertreter der R. P. D. unter anderem:

Lokale Versuche der Rationalisierung sind in keiner Weise zu billigen; denn sie fügen sich nicht organisch in die Volkswirtschaft ein, sondern fördern nur die Desorganisation und verlangsamen den so dringlichen Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Bei den ungeheuren Verlusten, die der verlorene Krieg und auferlegt und die die Zukunft von uns heischt, ist nur straffe Organisation und solidarische Arbeit jedes Volksgenossen imstande, zu der notwendigen Erhöhung unserer produktiven Leistungsfähigkeit beizutragen. Jede Verringerung der Produktion und der Produktionsfähigkeit ist ein Verbrechen am Volke. Wenn heute ein Unternehmer aus Furcht vor gewalttätigen Eingriffen einzelner in Einzelbetriebe oder aus anderen Motiven seine Tätigkeit einschränkt, so leidet das große Ganze schwerer Schaden, und die Produktion wird geradezu lahmgelegt. Das gleiche gilt auch für den Arbeiter.

Die Volksbeauftragten sind der Überzeugung, daß die noch sorgfältige Prüfung als reif zur Sozialisierung erkannten Betriebe und Industrien, zum Beispiel die Gewinnung aller Monopolprodukte oder die Versorgung mit Elektrizität, mit möglicher Beschleunigung in Gemeingut übergeführt werden müssen. Diese Sozialisierung kann natürlich keine individuelle und einseitige Konfiskation darstellen.

Die sowohl im Reich wie in Preußen geplanten Steuern werden es ganz von selbst mit sich bringen, daß auch die zunächst in kapitalistischen Betriebsformen weiterbestehenden Gewerbe mehr oder weniger ihren früheren rein privaten Charakter einbüßen und zu den Gemeinleistungen mehr als bisher beitragen.

Die Abwanderung von Vermögen in das Ausland muß unbedingt unterbunden werden. Abschließung von Vermögenswerten in dieser Zeit ist wie Fahnenflucht vor dem Feinde zu betrachten. Die Leute, die sich ihrer schuldig gemacht haben, werden ihrer gerechten Strafe nicht entgehen.

Otto Bauer — Staatssekretär des Neuen

Der österreichische Staatsrat ernannte den Genossen Dr. Otto Bauer zum Staatssekretär des Neuen. An derselben Sitzung nahm er den Verzicht des demokratischen Abgeordneten Soa als Unterstaatssekretär für Unterricht zur Kenntnis. Hoch begründete seinen Entschluß damit, daß er neben einem christlich-sozialen Unterrichtsminister nicht an der Trennung von Staat und Kirche arbeiten könne.

Klarheit!

R. H. Worum handelt es sich?
Es geht zunächst um die Behauptung der revolutionären Errungenschaften.

Viel ist erreicht. Doch noch sind viele Machtpositionen in der Hand der alten Mächte. Die Arbeiterklasse muß auf der Wacht sein, sie darf die Waffen nicht niederlegen, muß stets bereit sein, jedem Angriff Trost zu bieten, jeden Anschlag abzuwehren.

Man unterschätze nicht die Gefahr, die der Revolution von den alten, herrschenden Schichten droht. Sie verhalten sich jetzt ruhig, sie stellen sich alle, alle auf den Boden der neuen Verfassung. Aber sie stellen sich nur dahin, um den Boden unter den Füßen zu haben, von dem aus sie die neue Macht bekämpfen können. Sie halten sich zurück, weil sie auf die Ermüdung oder die Sorglosigkeit der Arbeiter warten, und sie bleiben reserviert, weil sie auf die Uneinigkeit des Proletariats hoffen. Aber in der Behauptung der Errungenschaften der Revolution sind alle Arbeiter einzig und werden es bleiben.

Doch die revolutionären Errungenschaften lassen sich — und dies ist das zweite — nur behaupten durch Fortführung der Revolution. Sie fragen uns, woher wir uns das Recht anmaßen, Gesetze zu geben und die Verwaltung zu reformieren. So fragen jene, deren Recht, das uns so lange geknebelt hat, die Konterrevolution gewesen ist. Die siegreiche Gegenrevolution hat über uns das preussische Dreiklassenwahlrecht verhängt. Verfassungsbruch war es, durch den Bismarck den neupreussischen Militarismus hochschickte; die Gewalt der Sieger über Frankreich hat die deutsche „Verfassung“ diktiert, durch die Preußen das Reich und die Junker Preußen beherrschten. Und der Zusammenbruch hat gezeigt, daß dieses System keinen Tag lang sich halten konnte, sobald die Gewalt zerstückelt war.

Unser Recht?
Es ist das Recht der Revolution. Jedes Blatt der Geschichte lehrt, daß die Revolution eine Quelle der Rechtschöpfung ist, daß sie die Grundlage schafft, auf der sich der neue Rechtszustand aufbaut.

So ist's immer gewesen, so ist es jetzt. Unser Recht ist so unbezweifelbar wie alles bisherige Recht, und der Zustand, den es geschaffen hat, heißt: Diktatur des Proletariats.

Widerspricht aber nicht die Diktatur unserer demokratischen Überzeugung?

Die alten, gestürzten Mächte, die Feinde der Demokratie, sollen da nicht mitleiden. Sie sind ja nicht loswerfbar. Mühen sie lernen!

Die sozialistische Revolution in Deutschland war die Revolution der ungeheuren Mehrheit im Interesse der ungeheuren Mehrheit. Die Diktatur ist Demokratie, ist Mehrheitswille, Mehrheitsregierung, und wir haben keinen Zweifel, daß die Nationalversammlung sie bestätigen wird.

Aber zum Zusammentritt der Nationalversammlung bedarf es Zeit. Auf 40 Millionen wird die Zahl der Wähler geschätzt. Sie müssen registriert werden. Um wählen zu können, müssen die Grenzen des Reichs festgelegt sein. Um den wahren Ausdruck des Volkswillens zu gewinnen, muß Zeit gegeben sein, das deutsche Volk, das belagerte, betrogene, verrottete, aufzuklären über das Geschehene und es seine neuen Aufgaben erkennen zu lassen.

Wir aber können nicht warten.
Warten: heiße, das Feld unseren Gegnern überlassen, die Revolution zum Stillstand bringen, alles Errungene gefährden.

Wir müssen weiter!
Zunächst müssen alle Machtpositionen, die unseren Gegnern verblieben sind, geräumt und von uns besetzt werden. Die Mitarbeit der alten Bürokratie ist unentbehrlich für die technische Verwaltung, die ungestört bleiben muß. Wo aber die Verwaltung Macht bedeutet, da gehört sie in unsere Hand! Für die Beherrschung Preußens durch den Junkerlichen Landrat ist die Zeit vorbei. Wir fordern, daß alles vorbereitet werde, um der demokratischen Selbstverwaltung Raum zu geben. Die Neuwahl der Gemeindeverwaltungen, deren Autonomie gesichert

werden muß, sowie die Erneuerung aller Selbstverwaltungskörper ist eine dringende Notwendigkeit. Wir wollen und brauchen keinen Moment auf unser Recht in den Gemeinden zu verzichten; in ihnen, besonders in den großen Städten und Industriezentren, muß unsere Macht jetzt verankert werden. Die sozialistischen Gemeindevetretungen werden denn auch in der Lage sein, gewisse private Betriebsgewinne zu kommunalisieren, in Gemeineigentum umzuwandeln.

Und wie hier, so gilt es überall im Reich und in den Staaten, alle politischen Machtstellungen und zu sichern und so jeden Versuch einer Gegenrevolution von vornherein unmöglich zu machen. Insbesondere gilt es, auch hier dafür zu sorgen, daß nicht politische Vertreter des Reiches oder der Staaten ihre Stellung im Innern oder außen zu gegenrevolutionären Antrieben mißbrauchen.

Fortführung der Revolution, Stärkung der Arbeitermacht kann aber nur zur Vorbereitung und Anbahnung der sozialistischen Gesellschaft dienen.

Alle diejenigen irren sich, die meinen, daß es sich dabei um unreise Verjude oder gar um unernte Verabfolgungsmahnahmen handeln könne. Wir haben die feste Überzeugung, daß die Stunde des Sozialismus gekommen ist, daß das, was wir unsere Arbeit, unser Hirn und Herz hergegeben haben, vor der Verwirklichung steht. In diesem Glauben fordern wir das Werk.

Wir wissen, die Aufgabe ist ungewöhnlich schwer. Es ist unser tragisches Verhängnis, daß wir in dem Zeitpunkt zur Macht gelangen, wo die Wirtschaft durch den Krieg ruiniert und gelähmt ist. Aber die Schwierigkeiten müssen überwunden werden. Sie können überwunden werden, wenn klug und energisch vorgegangen wird. Die zur Sozialisierung reifen Produktionszweige müssen festgelegt, die Sozialisierungsmaßnahmen auf anderen Wirtschaftszweigen festgelegt werden. Die anderen Produktionszweige werden dann die Friedensarbeit so intensiv als möglich aufnehmen müssen. Wir brauchen die Wiederbelebung und Intensifizierung der gesamten Wirtschaft. Wiederaufnahme des Exports, um die Rohstoffe dem Ausland bezahlen zu können und unsere Valuta zu festigen. Denn weitere Geldentwertung bedeutet verschärfte Teuerung. Wir aber brauchen Abbau der Preise. Also Sozialisierung so weit tragend möglich, eine Sozialisierung, die durch die Bergesellschaftung der Rohstoffindustrien und einen großen Teil der ökonomischen Verfügungsmacht abt; aber Sicherheit der Produktion für jene Industrien, die sei es durch Zerplitterung, sei es durch ihre Abhängigkeit vom auswärtigen Handel, für den Augenblick für die Bergesellschaftung nicht in Betracht kommen.

Soweit schließlich die Regierung für die Fortführung ihrer Arbeiten Mittel zur Verfügung haben muß, müssen diese angefordert werden, sollen die Finanzen nicht noch mehr in Unordnung kommen.

Wir haben nur einen Teil der dringendsten Aufgaben genannt. Aber die Regierung darf sich nicht länger in Schweigen hüllen; sie muß in kurzer Zeit mit einem Aktionsprogramm und mit entsprechenden Taten öffentlich hervortreten. Dann wird sie das Mißtrauen bannen, das manche Schichten der revolutionären Kämpfer noch erfüllt.

Dann braucht uns auch die Frage der Nationalversammlung nicht in Aufregung und Zielwandel zu versetzen. Es muß offen gesagt werden, daß uns die Haltung eines Teils der journalistischen Vertretung der sogenannten Mehrheitssozialisten mit steigender Unruhe erfüllt. Wir vermessen die Einsicht, daß sozialistische Aufgabe und Pflicht jetzt ist, die Revolution fortzuführen und sozialistische Prinzipien zu verwirklichen. Wir sehen sie wieder wie in den vier bitteren Kriegsjahren Seite an Seite mit den bürgerlichen Parteien. Sie wollen nichts anderes sehen als: Wahlen, Wahlen und wieder Wahlen! Für sie scheint es keine andere Arbeit für die sozialistische Regierung zu geben, als die Abfassung der Wählerliste.

Wir sind anderer Meinung. Auch wir wollen keine „Diktatur“ der Arbeiter- und Soldatenräte für immer. Wir halten den Zusammentritt der Nationalversammlung für unermesslich. Die Abhängigkeit vom Ausland, in die uns der Krieg der einmütigen Herrschenden gebracht hat, erfordert sie. Sie ist auch notwendig, weil ein Widerstand gegen ihre Einberufung die proletarische Einheitsfront gefährden würde, die allerdings durchaus etwas anderes ist als die einseitige Front mit den Mehrheitssozialisten, die deren Haltung unmöglich macht. In ganz Süddeutschland sind die konstituierenden Versammlungen bereits einberufen, ein großer Teil auch der Arbeiter steht hinter der Forderung. Ihre Ablehnung würde in die Reihen der Revolutionäre Uneinigkeit tragen, die vermieden werden kann.

Sie kann vermieden werden, weil die Nationalversammlung, wenn unterdes die Revolution durch die Initiative ihrer führenden Körperschaften weitergeführt wird, bei den fortgeschrittenen deutschen Verhältnissen nicht ein Hindernis, sondern ein Werkzeug des Sozialismus sein wird.

Wir halten die Gegenüberstellung von bürgerlicher und sozialistischer Demokratie nicht für richtig. Lun die Vertreter der Arbeiterklasse ihre Pflicht, führen sie die demokratischen und sozialistischen Maßnahmen aus, handeln sie großzügig, energisch und klug. Dann ist uns um das Erachten der Volkshimmeln nicht bang, dann brauchen wir uns am allermeisten vor dem Ausgange zu ängstigen. Gaben wir unter den schlimmsten Verhältnissen, machtlos und unterdrückt, mehr als ein Drittel des Volkes unter der roten Fahne gelommen, dann werden wir, frei und mächtig, selbstbewußt und siegesfroh, doch der Mehrheit des deutschen Volkes gewiß sein können. Dann aber handelt es sich nicht darum, abzugeben, die Diktatur des Proletariats preiszugeben und dem Bürgertum die Macht auszuliefern. Sondern dann wird die eine Form der Diktatur des Proletariats, die durch die Mäite ausgelöst wird, erweist sich die andere, gefestigtere, durch die Volkshimmeln bestätigte. Die sozialistische Regierung, die die Mehrheit des Volkes und seiner Vertretung hinter sich hat, was ist denn sonst als die Diktatur des Proletariats?

Deshalb ist der Kampf um die Nationalversammlung, so verständig er vom Standpunkt des Bürgertums ist, dessen letzte Hoffnung die Wahlen sind, unverständlich vom sozialistischen Standpunkt. Für uns heißt das Problem heute nicht: Nationalversammlung, sondern Fortführung der Revolution!

Und da möchten wir keinen Zweifel lassen: Wir Unabhängigen Sozialdemokraten halten an dieser Forderung mit der gleichen Entschiedenheit und Unerbittlichkeit fest wie vorher an der Feindschaft gegen die Kriegspolitik und den Imperialismus. Hier gibt es für uns kein Kom-

promiß. Nur auf dieser Basis ist die Zusammenarbeit in der Regierung möglich, und von dieser Grundlage werden wir uns nicht abdrängen lassen. In dem Moment, wo wir sehen, daß für diese Arbeit kein Raum ist, daß von den sozialistischen Prinzipien, die allein unsere Lätigkeit bestimmen, abgewichen wird, hätte unsere Mitarbeit ein Ende.

Wir vertrauen aber auf die Reife und Einsicht der Arbeiterklasse, die verstehen muß, alle ihre Vertreter in den Dienst der Sache zu stellen. Und ihre Sache ist jetzt allein: die Fortführung der Revolution!

Die Schießerei am Alexanderplatz

Ueber die traurigen Vorgänge vor dem Polizeipräsidium wird durch Wolffs Bureau folgende Darstellung verbreitet:

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag hat vor dem Polizeipräsidium eine Schießerei stattgefunden, bei der ein Mann der Sicherheitswache durch Kopfschuß getötet wurde. Die Schießerei hat folgende Vorgeschichte:

Donnerstag abend fand in den Pflanz-Sälen, Müllerstraße, eine außerordentlich stark besuchte Versammlung statt. In der Saal Diebstahl über die Aufgaben der Revolution sprach. Das Referat Liebknechts war ruhig und sachlich. Er wandte sich gegen die Einberufung einer Nationalversammlung und forderte energisch die Uebernahme der gesamten öffentlichen Macht durch die Arbeiter- und Soldatenräte.

Nach dem Vortrage Liebknechts erzählte ein Soldat, der der Schloßwache angehört hatte, daß er und seine Kameraden von denjenigen, die das Schloß erlitten, verhaftet worden seien. Mehrere Kameraden befanden sich noch in Haft. Der Versammlung bemächtigte sich darüber einige Erregung. Nach dem Schlußwort Liebknechts wurde die Versammlung geschlossen.

Ein unbekannt gebliebener Teilnehmer sprang indessen auf das Podium und forderte auf, nach dem Polizeipräsidium zu ziehen, um die Gefangenen zu befreien. Die Aufforderung fand Zustimmung, und eine größere Gruppe, anfangs tausend Mann, Männer, Frauen und Soldaten, zog in der Richtung nach dem Alexanderplatz. Eine Deputation wurde zu dem diensttuenden Kriminalkommissar geschickt, verhandelte mit diesem und stellte fest, daß politische Gefangene nicht mehr im Gefängnis sind, und daß insbesondere auch die zwei Matrosen von der Schloßwache, die man befreien wollte, bereits entlassen seien. Unterdessen hatten vor den Toren des Polizeipräsidiums noch einige hundert Personen geduldet. Die Sicherheitswache aber war durch die Menschenansammlung nervös geworden, hatte telephonisch Hilfe herbeigerufen, u. a. auch von der Wache im Marfiall.

Gegen 12 Uhr kam ein Auto, besetzt mit Matrosen, in schnellem Tempo vor dem Polizeipräsidium anzuhalten, und in diesem Augenblick, vielleicht in der Erregung über diese militärische Verhaftung, feuerte ein junger Mann, der nicht am Gitter stand, eine Pistole gegen die im Lichtschein stehenden Soldaten ab. Ein Soldat stürzte, in den Kopf getroffen, tot zu Boden. Das war das Signal zu einem kurzen heftigen Gewehrfeuer der Wache im Präsidium. Gleichzeitig feuerten die Matrosen im Auto Schrottschüsse ab, was die Verwirrung noch vermehrte. Der ganze Vorfall ist um so bedauerlicher, als die Anwesenheit vor dem Präsidium sich bis zum ersten Schuß auf die Sicherheitswache durchaus ruhig verhalten hätte. Der Polizeipräsident Eichhorn hatte persönlich der Menge aus- einandergerufen, daß keine politischen Gefangenen im Gefängnis befinde, überhaupt aus politischen Gründen niemand gefangen gesetzt werde. Er forderte auch die Soldaten auf, vom Tor zurückzutreten, um jeden Anlaß zu Reibungen zu vermeiden. Als die ersten Schüsse fielen, hob die Menge auseinander, Einzelne lehrten aber später zurück und gaben ihrer Entrüstung darüber Ausdruck, daß aus dem Polizeipräsidium geschossen worden sei.

Dieser traurige Vorfall, der einem braven Menschen das Leben kostete, hätte vielleicht vermieden werden können, wenn ein paar Delegierte der Versammlung den Polizeipräsidenten aufsucht und sich Auskunft geholt hätten, ob politische Gefangene oder die gefaschten Matrosen sich im Polizeipräsidium befänden. Diese Auskunft wäre ihnen selbstverständlich rüchellos geworden. Es darf noch einmal hervorgehoben werden, daß Verhaftungen aus politischen Gründen von der Polizei nicht angeordnet werden, daß die Polizei auch niemand in Schutzhaft hält. Die Eingelieferten sind nur krimineller Vergehen verdächtig. Es ist daher auch nur bedauerlich, daß in der Nacht doch noch die Freilassung einer großen Zahl Gefangener aus der Stadtvogel- ereignungen wurde, darunter Leute, die wegen Diebstahls und Lebensmittelschleichungen eingeliefert waren. Die Freilassung solcher Leute dient wirklich nicht dazu, die Sicherheit zu erhöhen.

Republik Lettland

Am zweiten Stadttheater zu Riga ist in Gegenwart des lettischen Nationalrates und einer zahlreich erschienenen lettischen Bevölkerung die Republik „Latwija“ (Lettland) proklamiert worden. Zum Premierminister wurde Karl Ullmann gewählt, der die Wahl annahm und ein Echo auf die „freie, unabhängige, demokratische Republik“ antrachtete.

Erklärungen Kurt Eisners.

Frankfurt a. M., 22. November. Der Münchener Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ hat einer Unterredung des Ministerpräsidenten Eisner mit einigen Schweizer Vertretern großer Ententeblätter beigewohnt, die von Eisner über die Revolution und die Zustände in Deutschland aufgeklärt wurden. Eisner betonte, die jenseits der Grenzen verbreitete Vorstellung, die deutsche Revolution sei lediglich eine Folge des militärischen Zusammenbruchs gewesen und das deutsche Volk habe die zu dieser Wendung der Dinge einmütig und widerstandslos die Kriegspolitik der Regierung mitgemacht, sei ganz falsch; in keinem Lande sei so gegen den Krieg gearbeitet worden wie in Deutschland.

Ueber die Schuldfrage sagte Eisner, die ganze Schwere der Verantwortung sei einem verhältnismäßig kleinen Kreis, den Militärs, der Schwerindustrie und den Altpreußen, aufzubürden, in Bayern seien auch die folgenden Stellen vom Kriege völlig überlastet worden. Eisner hat von der Berliner Reichsleitung die Veröffentlichung aller Akten verlangt, die auf die Vorgeschichte des Krieges Bezug haben. Wie sich die Zustände in Deutschland weiter entwickeln werden, hänge im wesentlichen von der Entente ab. Das Reich stehe vor einer ungenutzten Katastrophe, die Entente lasse sich von der Presse noch über die Tragweite dieser Aneignung täuschen. Die Einberufung der Nationalversammlung entspreche einer demokratischen Pflicht. Bayern habe inzwischen eine Reihe dringender Reformen in Angriff genommen. Das Waldensteinsprojekt werde sofort durchgeführt. Gleichzeitig werde ein Nebenparlament aus berufsmäßigen Vertretern des ganzen Landes gebildet. Die Berliner Reichsleitung befinde sich in einer unmöglichen Lage; vielleicht könne eine Regierung Haase-Liebknecht die einzige Lösung.

Siege in Berlin der Volkshimmeln, so werde das in Bayern zunächst keinen anderen Einfluß haben, als daß die unter der Oberfläche vorhandenen Bestrebungen stärker zutage träten, vorläufig aber siehe das bayerische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit auf dem Boden des großen deutschen Gedankens und wollen in den Vereinigten Staaten von Deutschland einschließlich Deutschherzog die Selbstgedanken von 1848 verwirklichen.

Gewalttätige Auflösung der Chemnitzer Stadtverordnetenversammlung.

Chemnitz, 22. November. In der gestrigen Sitzung des Stadtverordneten verlas zu Beginn Justizrat Bentler ein Schreiben, worin der Stadtpräsident Kraus mitteilte, daß der Arbeiter- und Soldatenrat das Kollegium aufgelöst habe. Der Vortrager erklärte danach, daß die Auflösung nur durch das Ministerium des Innern erfolgen könne. Da dies nicht erfolgt sei, werde er in die Tagesordnung ein. Darauf erschien Bürgermeister Krillert und teilte im Namen des Stadtpräsidenten nachmass die Auflösung mit, andernfalls diese durch Waffengewalt erfolgen werde. Justizrat Bentler bemerkte hierzu, er sehe dem Auftreten der Waffengewalt entgegen. Darauf erschien Stadtpräsident Kraus an der Spitze von 15 bewaffneten Soldaten und forderte zum Verlassen des Stadtverordnetenkollegiums auf. Justizrat Bentler erklärte, daß nunmehr das Kollegium der Waffengewalt weichen müsse.

Kraus ist Redaktor der „Chemnitzer Volkstimme“, die bekanntlich während des Krieges dem deutschen Imperialismus unerschütterliche Dienste erwies. Sein Auftreten der reaktionären Stadtverordnetenversammlung gegenüber ist ein interessantes Zeichen der Zeit.

Eine Kundgebung des Volksmarinerrats.

Der Volksmarinerrat erläßt folgende bemerkenswerte Kundgebung: In diesen Tagen, wo es darauf ankommt, die Früchte der Revolution in Sicherheit zu bringen, ist es unter allen Umständen notwendig, daß sich alle Soldaten, die sich aus Überzeugung unserer guten Sache widmen, vereinigen. Nur Einigkeit macht Kraft, wo so vieles auf dem Spiele steht. Wir Genossen des Heeres und der Marine verfolgen alle das gleiche Ziel, alle ist es unsere Pflicht, gemeinsam durchzuhalten, daß sich die sozialdemokratische Richtung, wie wir sie jetzt endlich festgelegt haben, gegenwärtig und für alle Zeiten behauptet. Die Marine steht auf dem Standpunkte, daß sie die Ordnung, wo sie es vermag, aufrechtzuerhalten hat, um der Revolution zum endgültigen Siege zu verhelfen. Es steht den Marinevorkämpfern absolet fern, irgendwelche egoistischen Interessen zu verfolgen. Wir wollen nur das Allgemeinwohl, wie wollen nicht, daß das bisher Erreichte wieder verloren geht. Unsere Erfolge müssen gegen reaktionäre Bestrebungen von rechts wie gegen anarchistische von links geschützt werden. Hierzu stellt sich die Marine den Volksbeauftragten, welche die jetzige Regierung bilden, zur Verfügung. Die Marine glaubt, mit den Kameraden der Landarmee dahin einig zu sein, daß es gilt, diese Regierung gegen jegliche Angriffe von rechts und links, aber auch gegen jede Nebenregierung unverantwortlicher Stellen zu kämpfen und zu kämpfen. Deshalb ist ein Zusammengehen von Heer und Marine die nächste Notwendigkeit. Es ist zu hoffen, daß im Interesse der guten Sache bald eine Einigung sämtlicher in Berlin anwesenden Heeres- wie Marine- truppen zustande kommt.

Politische Ueberblick. Bleibt Spahn?

Bei der Neubefehung der preussischen Ministerposten scheint sonderbarerweise haltgemacht zu werden vor dem Justizminister Spahn, der noch immer seinen Posten einnimmt. Spahn hat bekanntlich im Namen der bürgerlichen Parteien amnestionsistische Erklärungen im Reichstage abgegeben und die Katastrophenspolitik der Regierung nach Kräften gefördert. Spahn war als Justizminister das Haupt und die Stütze der Klassenjustiz, deren Schändlichkeiten das Proletariat aus Jahrzehnten aufreibender Kämpfe kennt. Wie kann ein solcher Mann Minister bleiben?

Austräumung im Kusowitigen Amt.

Die Unterstaatssekretäre im Kusowitigen Amt von dem Busse und Stumm gedenken, wie eine meist gut unterrichtete Nachrichtenstelle mitteilt, in den nächsten Tagen ihre Entlassungsgesuch einzureichen. Wie denken, es war Zeit und hoffen nur, daß damit die dringend nötige Säuberung des Kusowitigen Amtes nicht abgeschlossen ist.

Die deutsche Note an Rußland.

Im Hinblick auf die Forderungen, in denen die bolschewistische Regierung das deutsche Volk auffordert, eine unumschränkte Diktatur des Proletariats ins Leben zu rufen und mit Rücksicht auf die Vorgänge, die sich bei der Internierung der deutschen Generalkonsulate durch die Organe der Bolschewistik ereignet haben, hat die deutsche Regierung nach Moskau eine Note gerichtet, in der sie fordert: 1. daß die russische Regierung die gegenwärtige deutsche Volksregierung anerkennt und sich jeder Einwirkung auf die Bildung einer anderen Regierung enthält, 2. daß sie eine Aufhebung der Vorgänge bei der Internierung und Gefangenschaft der deutschen Generalkonsulate in Moskau und Petersburg herbeiführt.

Scheidemann und Brer für die Nationalversammlung.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erzählt: Der Volksbeauftragte Scheidemann hält es für selbstverständlich, daß die Konstante so schnell wie möglich einberufen wird, da es ein Unglück für das Land bedeuten würde, wenn noch viel Zeit verstreicht. Wir werden zu keinem Frieden kommen ohne Konstante. Auf demselben Standpunkt steht der Minister des Innern, Dr. Brer. Was immer Kräfte kann aber der Termin nicht über festgelegt werden, bis alle technischen Schwierigkeiten beseitigt sind.

Die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen.

Berlin, 22. November. In weiten Volkskreisen werden Gerüchte verbreitet, wonach deutsche Kriegsgefangene nach Friedensschluss zum Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete Belgiens und Frankreichs verwendet werden sollen. Diese Gerüchte haben sich auf den Umstand, daß Deutschland bereits bei Abschluß des Waffenstillstandes die feindlichen Kriegsgefangenen zurückzugeben hat, seine eigenen aber nicht erhält. Alle diese und ähnliche Meldungen sind vollkommen unbegründet. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat vielmehr vor Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen des Marschalls Foch zugunsten unserer Kriegsgefangenen folgendes erreicht:

1. Die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen, die in Holland und der Schweiz interniert sind, wird wie bisher weiter gehen.
2. Alle zugunsten der Kriegsgefangenen während der Dauer des Krieges geschlossenen Verträge (Behandlung, Beförderung, Beschäftigung der Kriegsgefangenen, Sonntagruhe usw.) bleiben für die deutschen Kriegsgefangenen unverändert in Kraft.
3. Die Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat wird bei Abschluß des Präliminarfriedens geregelt werden.

Deutsche Waffenstillstandskommission.
Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

Joch und die Arbeiter- und Soldatenräte.

General Joch hat, wie aus Straßburg gemeldet wird, alle Soldaten- und Arbeiterräte in den von den Franzosen besetzten Garnisonen Esch-Lothringens verboten.

Feindseligkeiten zwischen Rußland und Finnland.

Helsingfors, 21. November. Nach hier eingegangenen Mitteilungen zeigten sich am Dienstag russische Minenfahrzeuge in den finnischen Gewässern vor Suomalai. Die dortigen Batterien eröffneten das Feuer, das von den Fahrzeugen erwidert wurde. Die Fahrzeuge zogen anscheinend beschädigt ab. Mittwochs 10 Uhr eröffneten russische, zu den Befestigungswerken von Kronstadt gehörige Batterien von Anosnaja Gorka, nach anderen Mitteilungen Plissma, das Feuer auf den Strand bei Vittala und Restera bei im Archipel Nulysa. Gleichzeitig näherten sich drei oder vier russische Kriegsschiffe, die das Feuer leisteten. Die Beschießung dauerte bis 1/2 12 Uhr. Viele Schiffe sollen gerichtet sein. Die Telefonleitung ist zerstört. Am Mittwoch früh soll ein finnischer Grenzposten am Systerbäck russischerseits erschossen worden sein.

Neue Verordnungen.

Demobilisation der Marine.

En die Mannschaften der Marine.
Die Entlassung der Mannschaften der Marine erfolgt so weit als möglich nach Jahresklassen und nach Maßgabe der irgend entbehrlichen Kräfte. Die nach auf Grund ordnungsmäßiger Abmeldung erfolgten Aus den ordnungsmäßig abgemeldeten Mannschaften kann das Entlassungsgehalt von 50 Mark bezahlt werden und nur bei ihnen kann auch die Regelung der Wiederbeschäftigung ordnungsmäßig erfolgen.
Die weiteren Interessen der entlassenen und der noch im Dienst stehenden Mannschaften werden fortan gemeinsam von dem Soldatenrat der Marine und dem Reichs-Marine-Amt in folgender Weise wahrgenommen:
Von den obersten Soldatenräten der Marine in Kiel, Wilhelmshaven und auf der Nordsee wird der Hauptausgleich der Marine gebildet, der zu militärischen Anordnungen für die Gesamtheit der Marine berechtigt ist und seinen Sitz in Wilhelmshaven hat.
Er besteht aus zwei Vertretern des obersten Soldatenrates der Ostsee, zwei Vertretern der Arbeiter- und Soldatenrates der Nordsee und einem Vertreter des obersten Marine-Amts der Nordsee.
In den Bezirken der genannten Meere sind Abordnungen zu bilden, und zwar aus 24 Vertretern der Nordsee, 20 Vertretern der Ostsee und 6 Vertretern der Nordsee. Zu ihnen treten 4 Vertreter von Berlin.
Die Wahl dieser Abordnungen erfolgt auf demokratischer Grundlage. Die Abordnungen treten in Berlin zusammen, kontrollieren das Reichs-Marine-Amt und den Admiralstab und wählen dort aus ihrer Mitte 6 Kameraden als den Generalkomitee der Marine. Diese fünf müssen gesuchte Sozialisten aus der Zeit vor dem Kriege sein.
Alle Anordnungen des Reichs-Marine-Amts und des Admiralstabes sind außer dem Unterstaatssekretär von einem Mitglied des Generalkomitees gegenzuzeichnen.
Alle Anordnungen bilden den Ober Ausschuss, der die täglich festzusetzenden allgemeinen Anordnungen dem Kommando vorträgt und sie an die Obersten Soldaten- und Marine-Amts weitergibt.
Der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts,
ges. v. Mann.
Der Unterstaatssekretär,
ges. Vogler.

Aufgaben der Demobilisation.

Amtlich. Die Aufrechterhaltung der Versorgung des Heeres mit Bekleidung und Ausrüstung erleichtert unbedingt, daß keinerlei Eingriffe in die Bestände der Zentralstelle, Behörden, Bekleidungsämter und Bekleidungs-Inspektionsämter vorgenommen werden. Verfügungen nachzuständigster Behörden, ebenso von Arbeiter- und Soldatenräten über Ausgabe von Bekleidungsgegenständen müssen daher im Interesse der Allgemeinheit unbedingt unterbleiben und, soweit solche getroffen sind, sofort rückgängig gemacht werden.
Börs,
Unterstaatssekretär im Kriegsministerium.

Neuregelung des Lohnwesens.

Zu dem am 10. 11. 18 veröffentlichten Verordnung betreffend Neuregelung des Lohnwesens werden folgende Erläuterungen und Ergänzungen erlassen: Alle Entlassungen vollziehen sich im Rahmen der Demobilisationsbestimmungen. Neben den Truppen militärische Arbeitskräfte, so können Zivilarbeiter (möglichst entlassene Mannschaften) zu den Lohnarbeiten eingestellt werden, die von der Kommandantur oder dem Garnisonkommando des Standorts nach Anhörung der Gewerkschaftskommission als ordentlich bezeichnet werden.
Die im Arbeitsdienst ständig beschäftigten Mannschaften (Bekleidungsämter, Küchen, Kammer-, Handwerker-, Sanitäts- und Arztpersonal) erhalten zu ihrer Wohnung eine tägliche Arbeitszulage von 3 Mark.
Für die Schwartarbeiter bei den Spalatruppen, Bäder, Schlächter und Transportarbeiter, sowie Wachdienstler ist eine tägliche Zulage von 4 Mark zulässig. Der Schwartarbeiter ist, einschließend in Zwischfällen des zuständigen Generalkommando.
Als Arbeitsdienst gilt nicht der von jedem Soldaten zu leistende Ordnung- und Reinheitsdienst.

Neben den Arbeitszulagen fallen die Feld- und Dienstzulagen fort.

Für Stundenlohn-Veranschlagung zum Arbeitsdienst wird eine Stundenzulage von 50 Pfennig, für Schwerarbeiten von 60 Pf. gewährt.
Die Angehörigen einer besonders zu bildenden Sicherheits-truppe erhalten neben der Lohnung von 30 Mark monatlich zusätzlich eine tägliche Zulage von 5 Mark.
Die Grundlohnung für den Soldaten und Mann beträgt 30 Mark. Alle übrigen Mannschaften, auch die Gehaltsempfänger, beziehen mobile Wohnung, solange sie mobil sind, und immobile Wohnung, solange sie immobile sind.
Eine einheitliche Durchführung dieser Regelung ist zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der Finanzwirtschaft im Reich unerlässlich.
Die Reichsregierung,
Oberst. Gaafe.

Eine Mahnung.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates in Berlin erläßt folgende Mahnung:
Die verschiedensten Aufschriften und Telegramme der Soldatenräte der Front, in denen die Sorge um ihre Angehörigen und ihr Eigenem zum Ausdruck kommt, veranlassen uns zu folgender Erklärung: Soll sich die Demobilisation in möglichst geordneten Bahnen vollziehen, so ist unbedingt notwendig, daß alle Truppen die Disziplin wahren und nicht selbständig ihre Truppenteile verlassen, sowie Lebensmitteltransporte unter keinen Umständen gefährden. Nur dadurch ist es uns möglich, alle Aufgaben der Demobilisation, insbesondere die Verpflegung und Arbeitsbeschaffung zu regeln. Durch das tatkräftige Eintreten des Heimatbeeres für die Aufrechterhaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit ist die Gewähr gegeben, daß alle Zurückkehrenden Heimat und Heerd unversehrt antreffen.
Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates in Berlin,
ges. Kollensbuch, Müller,
J. A. Röh, Reinhard.

Gewerkschaftliches.

Die Berliner Gewerkschaftskommission.

Durch die kürzlich erfolgte Uebertragung besonderer Befugnisse auf die freien Gewerkschaften hat die Berliner Gewerkschaftskommission einen größeren Wirkungsbereich und auch eine größere Machtvollkommenheit erhalten. Dieser Umstand nötigt unsere Parteifreunde, die gewerkschaftlich organisiert sind, mit aller Kraft in den Gewerkschaftsorganisationen auf dem Posten zu sein. Im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission hat man sich in der Kriegszeit mit allem Möglichen beschäftigt, weil manche Beamte glaubten, überall dabei sein zu müssen. Die Hauptaufgabe war, die Politik des 4. August in den Himmel zu erheben, um sich allerwärts in wohlwollender Erinnerung zu bringen. Die einseitig dort die Politik der Regierungsozialisten vertreten wurde, geht allein aus der einen Tatsache hervor, wonach die Gewerkschaftskommission sich neuerdings an einem Bildungsausschuss beteiligte, der von regierungsozialistischer Seite ins Leben gerufen worden ist als Gegeninstitution gegen den von früher her noch bestehenden Bildungsausschuss von Groß-Berlin, dem die Arbeiter-Bildungsschule angeschlossen ist. Diese Tatsache allein zeigt, wie willkürlich diese Kommission oder besser gesagt der Ausschuss arbeitet. Und dann wundern sich die Herren, daß ihnen nicht über den Weg getraut wird. Wenn fehlt unsere Genossen, die durch die allmählich aus dem Felde Zurückgehenden an Zahl verstärkt werden, auf dem Posten sind wird es ihnen in Berlin nicht schwer werden, eine gewerkschaftliche Leitung und damit eine Gewerkschaftskommission zu erhalten, die wirklichen Kampfgeist in unserem Sinne besitzt.

Die Regelung der Betriebsverhältnisse.

Die Berliner Gewerkschaftskommission teilt mit:
Nachdem uns von dem Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates die Vollmacht erteilt worden ist, die Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den Betrieben vorzunehmen, ersuchen wir, alle diesbezüglichen Unternehmungen nur mit Zustimmung der zuständigen Organisation der freien Gewerkschaften zu treffen.
Andere Bestimmungen und Beschlüsse sind unverbindlich.
Ferner ersuchen wir, die Neuwahl der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse unverzüglich in die Wege zu leiten, indem wir noch darauf hinweisen, daß die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter bzw. Angestellten lediglich den Ausschüssen obliegt, während den Arbeiterräten die politische Interessenvertretung zusteht. Es können auch Mitglieder des Arbeiterrates in die Arbeiterausschüsse gewählt werden, es wäre dies sogar erwünscht.
Auf viele Anfragen können wir noch mitteilen, daß die Wahl der Arbeiterräte auf neuer Grundlage von dem Vollzugsrat vorbereitet wird.
Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung,
J. A. Köppen.

Umschließend veröffentlicht der Vollzugsrat folgendes:

An die Groß-Berliner Arbeiterschaft.
Um die Wünsche der Genossen in den Betrieben zu prüfen und zu regeln, hat der Vollzugsrat des A. und S. Rates eine besondere Kommission aus seiner Mitte eingesetzt. Der Bericht dieser Kommission wird im Laufe des 23. November dem Vollzugsrat vorgelegt und schnellstens veröffentlicht werden.
Die Genossen werden daher dringend ersucht, die Ruhe zu wahren.
Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates,
(ges.) Kollensbuch, Müller.

Lohnbewegung der Eisenbahner in Norwegen.

Nach einer Meldung aus Christiania wird zum 9. Dezember eine außerordentliche Störkingsitzung einberufen. Die Veranlassung bilden die bedeutenden Lohnforderungen, die von den Eisenbahner- und anderen Beamten erhoben werden und die für den Staat eine Mehrausgabe von insgesamt 40 Millionen Kronen bedeuten. Diese Forderungen sind so dringlich vorgebracht worden, daß die Regierung mit ihrer Vorlage nicht bis zur Einberufung der ordentlichen Störkingsitzung warten wollte.

Russischer Metallarbeiter-Kongreß.

Am 10. November fand in Saratow ein Kongreß der Metallarbeiter aus dem Wolgastrikt statt. Es wurde unter anderem die Frage der Forderung der russischen Metallindustrie diskutiert. Die Mehrzahl der Teilnehmer stand auf dem Boden des Kommunismus. Der Kongreß sandte einen Gruß an den deutschen Metallarbeiterverband ab.

Groß-Berlin.

Erwerbslosenfürsorge der Stadt Berlin.

Die Stadtgemeinde Berlin hat für wirtschaftliche Demobilisation eine neue Erwerbslosenfürsorge eingerichtet, die bereits in Kraft getreten ist. Anträge auf Erwerbslosenfürsorge werden in besonderen Geschäftsstellen entgegengenommen, die aus der Bekanntmachung an den Antragsberechtigten ersichtlich sind. Für die Entgegennahme der Anträge ist es notwendig, daß der Antragsteller bereits vorher den städtischen Arbeitsnachweis, für den Fall, daß er organisiert ist, den Arbeitsnachweis seiner Gewerkschaft zur Arbeitsvermittlung aufgesucht hat und dies durch Erlangung der Einschreibe- oder Kontrollkarte nachweisen kann. Kriegsteilnehmer oder sonstige Heeresangehörige, die aus Anlaß der Demobilisation entlassen sind, haben den Nachweis ihrer Entlassung vom Heere beizubringen.

Voraussetzung der Unterstützung ist, daß der Antragsteller in Berlin seinen Wohnsitz hat. Die Unterstützung beginnt erst, nachdem die Erwerbslosigkeit ununterbrochen 6 Arbeitstage gedauert hat.

Für Kriegsteilnehmer, die erstmalig eine Erwerbslosenfürsorge nachsuchen, gilt diese Karenzzeit nicht. Die Erwerbslosenfürsorge wird arbeitsfähigen und arbeitswilligen, über 14 Jahre alten Personen gewährt, die infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit sich in bedürftiger Lage befinden und zur Verrichtung ihres notwendigen Lebensunterhaltes auf Arbeit angewiesen sind. Die Höhe der Unterstützung beträgt:

- Für männliche Personen über 17 Jahre 4 Mark, im Alter zwischen 14 und 17 Jahren 3 Mark, für weibliche Personen über 17 Jahre 3 Mark, im Alter zwischen 14 und 17 Jahren 2,50 Mark für jeden arbeitslosen Wochentag.
- Für die Ehefrau, für jedes Kind unter 14 Jahren sowie für sonst im Haushalt lebende erwerbsunfähige unterhaltungsbedürftige Personen wird ein Zuschlag von je 1 Mark pro Arbeitstag gewährt.

Die Politik in der Schule.

Die Lehrer hatten bisher die Aufgabe, vaterländische Geschichte zu lehren. Dazu gehörte vor allen Dingen auch die Verherrlichung der Hohenzollern. Ihre Gottähnlichkeit mußte alle Augenblicke gepriesen werden. Es gab Lehrer und nicht so wenige, die auf dem Gebiete der Verherrlichung der deutschen Fürsten sich etwas Besonderes zugute taten. Mit wachem Bewusstsein stützten sie sich auf diesen sogenannten Behrstoff. Das muß nun anders werden; die Lehrer werden sich der neuen Zeit anpassen müssen, in der es mit dem Gottesglauben Wilhelm und seiner Sippschaft zu Ende ist. Trotzdem gibt es noch heute Lehrer in den Gemeindeschulen wie in höheren Schulen, die sich an den neuen Zustand nicht gewöhnen können oder wollen. Für einen gewissenhaften Lehrer sollte es eine Freude sein, wenn er von dem Zwange der Hohenzollernverherrlichung endlich verschont bleibt und wenn er sich überhaupt nur auf die Verbreitung von Wissen, Kenntnissen und Fertigkeiten zu beschränken braucht. In den letzten Tagen sind eine Anzahl Fälle von Anmahnungen Berliner Lehrer in der Presse bekanntgegeben worden. Aus diesem Anlaß sind Anweisungen ergangen, politische Erörterungen zu unterlassen. Eine Erziehung in unserem Sinne muß eine grundlegende Aenderung des Schulwesens mit sich bringen.

Sprechstunde für Geschlechtskranke. Um den durch die Kriegsverhältnisse gesteigerten gesundheitlichen Gefahren zu steuern, werden am Sonntag, den 24. November, vom Magistrat der Stadt Berlin ärztliche Sprechstunden für haut- und geschlechtskranke Männer, Frauen und Kinder eröffnet. Dasselbe werden in der Nebenangabe Krankte unentgeltlich behandelt und beraten. Diese öffentlichen Sprechstunden finden statt: 1. Im Städtischen Rudolf-Virchow-Krankenhaus, Augustenburgerplatz; Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend von 9-10 Uhr vorm., Montag, Mittwoch und Freitag von 7-8 Uhr abends. 2. Im Städtischen Krankenhaus am Urban, Am Urban 12-18; Wochentags 7-8 Uhr abends, Sonntags von 9-10 Uhr vorm. 3. Im Städtischen Krankenhaus im Friedrichshain, Landsberger Allee 159; Wochentags von 7-8 Uhr abends, Sonntags von 9-10 Uhr vorm. 4. Im Städtischen Krankenhaus Moabit, Turmstraße 21; Wochentags von 7-8 Uhr abends, Sonntags von 9-10 Uhr vorm.

Ubergangswirtschaft in Reußla. Zur Besprechung von Fragen der Ubergangswirtschaft und Erwerbslosenfürsorge haben sich am Freitag, den 15. d. M., im Reußlaer Stadterordneten Sitzungssaal auf Einladung des Oberbürgermeisters Kaiser Vertreter der Großbetriebe Reußla und der Arbeitnehmersverbände eingefunden. Der Oberbürgermeister führte aus, daß die Stadtgemeinde Reußla alles tun werde, um freierwillig einer Arbeitslosigkeit zu steuern. In der Hauptsache sei geplant, umfangreiche Reparaturarbeiten auszuführen und der Industrie in jeder Weise behilflich zu sein, die Kriegsbetriebe auf die Friedenswirtschaft umzustellen. Die Stadtgemeinde werde es sich angelegen sein lassen, die Einführung von Rohstoffen nach Kräften zu fördern und nach Möglichkeit auch selbst als Auftraggeberin aufzutreten. Er schlug vor, in den Demobilisationsausschuss in den Großbetrieben je 5 Arbeitgeber und Arbeitnehmer, aus den Handwerkerbetrieben je 2 Vertreter, aus den städtischen Körperschaften 2 Magistratsmitglieder und 3 Stadt-

Das neue Deutschland braucht gesunde Ehen

wie solche in der sozialwissenschaftl. Studie der Frau Dr. Fischer-Dückelmann

Das Geschlechtsleben der Frau

geschilddert werden.

Mit vielen Abbildungen in Wort- und Schwarzdruck N. 5.

Ferner empfehlen wir das Lebensbuch der Frau Trufka Bagienski

Die aufgeklärte Frau

eine der wenigen wertvollen Bücher auf diesem Gebiete N. 4.

Zu beziehen durch Vogler & Co., Berlin W9, Köthener Straße 27, Abt. 8.

Wieder und aus dem Arbeiter- und Soldatenrat 2 Mitglieder hinzuzuziehen. Die Versammlung erklärte sich mit dieser Besetzung des Ausschusses einverstanden. In der Debatte wurde insbesondere die Transport- und Kohlenfrage gewürdigt, zu deren Lösung der Oberbürgermeister wiederum die Hilfe der Stadt in Aussicht stellte. Einzelfragen sollen dem Demobilisierungsausschuss überlassen werden. Sämtliche Redner erklärten sich damit einverstanden, ihre früheren Arbeiter in ihre Betriebe wieder einzustellen, ohne die z. B. tätigen zu entlassen. Die Industriellen erklärten sich ferner bereit, mit der Stadtgemeinde gemeinschaftlich alle Maßnahmen zu treffen, um einer drohenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen.

Postverkehr im Inland. Die militärische Ueberwachung des inländischen Postverkehrs der deutschen Grenzgebiete ist allgemein aufgehoben worden. Alle Briefe — einschließlich des Fernverkehrs und Postaufträge — nach Orten in Deutschland können daher in diesen Gebieten wieder verschlossen ausgeliefert werden, desgleichen herartige Briefe nach den in den Beschlüßbereichen der Festungen Straßburg (Est.) und Reutlingen liegenden badiischen Orten. — Bis auf weiteres muß wegen Beförderungsschwierigkeiten die Annahme von Paketen nach ganz Elsaß-Lothringen sowie die Annahme von Paketen und Wertbriefen nach allen Orten Altons eingestellt werden; außerdem ist der gesamte Postverkehr nach Orten südlich des Brenner und an der Strecke Innsbruck-Brenner gesperrt. — Allgemeiner Fernverkehr mit Deutschland ist von jetzt ab wieder zugelassen. Kriegsbefreiungen sind aufgehoben.

Auf der Bahnstraße geübt. Auf der Bahnstraße Berlin-Berlin wurden am Donnerstag zwei Straßenarbeiterinnen und ein Gruppenführer überfahren und getötet. Die Geistesarbeiterin mit einer Gruppe in der Nähe von Heinersdorf auf der Straße und wichen einem aus Berlin kommenden Vorortzug aus. In diesem Augenblick fuhr ein entgegenkommender Vorortzug kommender Fernzug mit voller Macht in die Gruppe hinein. Es wurden noch zwei Personen schwer verletzt.

Falsche Sicherheitsbenennung treiben immer noch ihr Unwesen. Bald täuschen sie ihre Opfer durch falsche Hochpreisungen, bald brauchen sie Gewalt um zu ihrem Ziele zu gelangen. Ein großer Dreifüßler gingen sie gestern im Zentrum der Stadt vor. Als eine Frau aus Reutlingen die Ecke der Matigarten- und Laubenstraße erreicht hatte, hielt plötzlich ein Droschkenauto, das mit drei Soldaten besetzt war, in ihrer Nähe. Zwei Soldaten stiegen aus, traten auf sie zu und verlangten von ihr, die Militärpelzmantel, die sie bei sich trug. Als sie diese nicht freiwillig herzugeben wollte, entziffen sie ihr die Mantel gewaltsam, ließen wieder in die Reutlingerstraße und führten damit in eiliger Hast davon. Sie entkamen auch mit ihrer Beute, obwohl die Straße, es war gegen 1 Uhr mittags, belebt war.

Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich in der vergangenen Nacht in der Nähe des Zentral-Büchsenhofes. Als dort der Oberpostsekretär Wilhelm Rohmsfeld aus der Viktorienstraße 10 zu Friedrichstraße um 12 1/2 Uhr den Motorwagen der Straßenbahnlinie 70 in voller Fahrt besteigen wollte, stieß er aus und geriet unter den Anhängewagen. Dabei erlitt er so schwere Verletzungen am Kopf, daß er bald darauf verstarb.

Größenfeuer rief am Freitag die Berliner Feuerwehr nach dem tödlichen Mordanschlag bei Weihenfer. Dort stand vormittags das Kesselhaus mit der Trockenanlage für Kütterschwamm in solcher Ausdehnung in Flammen, daß die Ortfeuerwehr machtlos war. Der Berliner Feuerwehr gelang es, das Feuer Herr zu werden. Der Schaden soll leider erheblich sein.

Mit Was vergiftet aufgefunden wurde gestern der 60 Jahre alte Schlosser Franz Reber aus der Schwachkopfstraße 11. — Im Hotel vom Tofe übertracht wurde der 64 Jahre alte Schächter Wilhelm Dohle. — In Unterzornung ein am gestorben ist ein 55 Jahre alter Julius Boh aus der Weberstraße 10. Er wurde von der Hausärztin in seiner Stube aufgefunden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 24. November, vorm. 9 Uhr, Pappelallee 15/17. Reutlingen, Idealkassino, Weißfelser, 5; Oberländerweide, Wilhelminenhofstr. 48, bei Pamp. Freireligiöse Vorlesung, 10 1/2 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 8, Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille: Dem Gedächtnis der Toten. Redn.

4 Uhr, Pappelallee 15/17 (Galle), Vortrag von Herrn Adolph Hoffmann: Dem Gedächtnis der Toten. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Parteiangelegenheiten. 4. Wahlkreis. Sonntag, 24. d. M., vormittags 9 Uhr: Flugblattverbreitung. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, sich zu dieser Flugblattverbreitung in dem Nachabendlokal einzufinden. Dringend. Der Vorstand.

Musik und Wissenschaft.

Dosenlevers „Sohn“ ist in Reinhardts Kammer spielen zur öffentlichen Tat geworden. Diese Revolution der Jugend, die gegen alle Elternschaft aufsteht, ist der literarische Prolog zu dem großen politischen Umsturz, den wir erleben. Darum wirkt das Stück, wiewohl der Sohn, den Ernst Deutsch mit sinniger Inbrunst sein Volk und seine Erlösung in die neue Welt hinausrufen läßt, Was Dosenlever als Dichter in diesem seinem Erstlingswerk zu sagen hat, was ihm Rolle und Inszenierung davon nahmen, und was er sich selbst als Schauspieler — er gab die Rolle des Vaters — nicht geben konnte, darüber werden wir noch ausführlicher sprechen. Der Erfolg des Abends war stark, weil endlich ein Stück der jungen Zeit zu Wort gekommen ist.

Schriften zur Revolution. Im Verlag von Paul Cassirer, Berlin, erscheinen die ersten Schriften zur Revolution von Edward Bernstein „Der Völkerverbund“ und von Karl Rautenkamp „Das soziale Problem und die soziale Bewegung“. Die bekannten Theoretiker des Sozialismus nehmen hier das Wort zu Kernfragen des europäischen Vorkriegs.

Letzte Nachrichten.

Die Soldatenräte Hamburgs.

Hamburg, 22. November. (M. F. B.) In einer Volkerversammlung aller Soldatenräte aller Truppenteile von Hamburg-Altona und Umgegend waren die Arbeiter- und Soldatenräte fast vollständig erschienen. Als Delegierte für die Besprechungen mit der Reichsregierung in Berlin wurden Heise und Lampi gewählt. Sodann wurde eine Resolution schädl.

1. Die Versammlung aller Soldatenräte aller Formationen von Hamburg-Altona schließt sich dem Beschluß der Delegiertenversammlung an und stellt sich geschlossen hinter die neue Reichsregierung.

2. Dementsprechend haben alle Handlungen und Beschlüsse politischer Natur als Grundlage das alte Programm.

3. Alle Streitigkeiten innerhalb der Soldatenräte, die auf eine Spaltung in den eigenen Reihen hinauslaufen, sind zu bekämpfen.

4. Die in die gesetzgebende Körperschaft gewählten Soldatenräte müssen dementsprechend abgestimmte politische Ueberzeugung haben.

In einem Zusatz wurde zur Offiziersfrage folgende Stellung genommen: Die Volkerversammlung ist der Auffassung, daß die Offiziere nur dann in ihren alten Stellungen verbleiben, wenn die Kommandos damit einverstanden sind. Um diese Frage endgültig zu erledigen, schlagen die Hamburg-Altonaer Soldatenräte vor, eine Kommission aus den Hauptorganisationen zu ernennen, die mit der Reichsregierung eine endgültige Entscheidung herbeiführen soll.

Als Ergänzung hierzu wurde eine Resolution Lampi genehmigt, die u. a. besagte: Der Oberste Soldatenrat betrachtet als seine vornehmste Aufgabe die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe. Er hebt unter derjenigen Reichsregierung in Berlin, die sich für das Ziel der Revolution,

die Errichtung einer sozialistischen Republik, tatkräftig einsetzt und sich für Herbeiführung des Friedens, Sicherstellung der Ernährung und Sozialisierung des Wirtschaftslebens verbürgt.

Zum Schluß heißt es in dem Bericht: Die Volkerversammlung zeigt den entschlossenen und einmütigen Willen aller Soldatenräte von Altona und Umgegend, sich rückhaltlos unter fester Betonung alles Einigen für ein einheitliches Handeln des Proletariats einzusetzen, um den Friedensschluß, die Volksernährung und den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft auf sozialistischer Grundlage und die Festigkeit der Stellung der sozialistischen Revolutionsregierung der sechs Volksbeauftragten in Berlin nicht zu untergraben.

Der flüchtige Kronprinz.

Amsterdam, 22. November. Der frühere deutsche Kronprinz ist, wie die Niederländische Telegr.-Agentur erfährt, heute um 1/2 Uhr nachmittags auf der Zudenfer-Zwie, Wieringen, die ihm als vorläufiger Aufenthalt angewiesen wurde, gelandet. Er begab sich nach der Landung mit seinen Begleitern und einem holländischen Offizier nach dem kleinen Orie Oosterland, wo er das Haus des Vorgesetzten bewohnt wird. Der Empfang durch die Bevölkerung der Insel war kühl und feindselig.

Die Uebergabe der deutschen Flotte.

London, 22. November. (Reuter-Meldung.) Die britischen Kriegsschiffe, die aufgebracht worden waren, um die deutschen Kriegsschiffe zu eskortieren, führen in zwei Linien mit einem Abstand von ungefähr 10 Kilometern. Die deutschen Schiffe führten zwischen den beiden britischen Linien. Es wurde kein Schuß ausgetauscht, und auch die sonst üblichen Höflichkeitsbezeugungen unterblieben.

Es wird berichtet, daß ein deutscher Torpedojäger auf eine Mine lief und von L. Admiral Beatty hatte den strengen Befehl erteilt, daß keine Verbrüderung zwischen deutschen und englischen Seeleuten stattfinden sollte.

Von der Beschlaanahme freizugeben

sind die Sittentromane von Iolanthe Marks:

Lilli

Ein Sittenbild aus Berlin W

Preis M. 4.—

als Fortsetzung:

Lillis Ehe

Preis M. 4.—

Lilli Braun schreibt: . . . ebenso glänzende wie wahrheitsgetreue Schilderungen der Verhältnisse, in denen die Jugend von Berlin heute aufwächst. . . ein überaus nützliches Werk sittlicher Aufklärung! Für Kinder ist es natürlich nicht bestimmt.

Zu beziehen durch:

Dogler & Co., Berlin W 9, Köthener Str., Abtlg. 8.

Vorunterschiedlicher Kodex: Dr. G. Neustrophe, Berlin-Wilmersdorf. Druck der Linden-Druckerei und Verlagsges. m. b. H., Schiffbauerdamm 10

Genossinnen und Genossen!

Die Schicksalsstunde des Proletariats erfordert mehr denn je den engsten Zusammenschluß Gleichgesinnter. Der Freiheitskampf bedingt entschlossenes und zielklares Handeln. In der politischen Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird der Geist gepflegt, der zur politischen Freiheit geführt hat und der Gewähr bietet, daß auch der Endkampf mit aller Kraft durchgeführt wird. Aus diesen Gründen ist der Anschluß an die politische Organisation eine unabweisbare Pflicht.

Aufnahmen von Mitgliedern werden im Verbandsbureau sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend, Schicklerstraße 5, Hof II, und an folgenden Stellen entgegengenommen:

1. Kreis: Bittermann, Gifchiner Straße 87 III.
 2. Kreis: Molek, Blücherstraße 57, Laden.
 3. Kreis: Budde, Maybachufer 2, Hof IV.
 4. Kreis: Barenthin, Königsberger Straße 27, Hof I.
 5. Kreis: Köpke, Greifswolter Straße 9.
 6. Kreis: Müller, Gerichtstraße 71.
- Niederbarnim: Brühl, Lichtenberg, Neue Bahnhofstraße 51.
Teltow-Beeskow: Freigang, Treptow, Gräbstraße 24, vorn IV.
Neukölln, Neckarstraße 3, Bureau des Werkvereins.
Osthanow: Olm, Veltan (Mark), Friedrichstraße 7.

Auch an anderen Stellen, die durch Plakate ersichtlich gemacht sind, werden Aufnahmen entgegengenommen.

Branchen-Versammlung

der Gewerkschaften und Arbeiterinnen
am Gewerkschaftshaus, Engelstraße 12 (Hof 1).
Anmeldung:
1. Nähere Mitteilungsblätter, 2. Wahl des Arbeiterrats der genannten Branche, 3. Verbandsangelegenheiten.
In Abwesenheit der außerordentlich wichtigen Angelegenheiten ist die Teilnahme an dieser Versammlung unbedingt notwendig.
Die Teilnahme ist kostenlos.

Unabhängig. Soz. demokratischer Wahlverein

für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis
7. Abt., Bzk. 574.
Am Dienstag, den 19. November, verstarb unsere Genossin
Frau Anna Leuschner
Schönhauser Allee 63.
Ihre letzten Aenderungen
Die Beerdigung findet am Montag, den 18. November, vormittags 10 1/2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Panzer Aktiengesellschaft.
Laut Beschluß der Generalversammlung erfolgt die Ausschüttung der Dividende von 12 pCt. sowie einer Sonderergänzung von 100.— Mark. Kupon: Kuponzahl A. O. Zinsen für jede Aktie von M. 100.— für das Geschäftsjahr 1917/18 vom 19. November ab bei den Herren Krause & Co., Berlin W. 9, Eichhornstraße 11, und der Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin W. 8, Behrensstraße 32.
Die Dividendenscheine sind mit Firmensiegel versehen einzutauschen.
Berlin, den 18. November 1918.

Am 6. II. starb in einem Feldlazarett in Nordfrankreich an den Folgen seiner schweren Verwundung mein lieber Freund, der Schlosser **Karl Krause R.F.A., B.K.** in trauerndem Gedenken
Hans Krause.

Russisch — Polnisch
erhält gründlich Akademiker.
Burgstraße 29, Zimmer 45.

Jugendl. Boten
für leichte Beschäftigung werden eingestellt.
Meldungen von 9—12 Uhr vormittags im
Verlag „Die Freiheit“
Berlin NW, Schiffbauerdamm 19.

Stempel u. Schilder
Verbands-Abzeichen
Löhrig,
Reuterstraße 17.

Inserate
finden in der
„Freiheit“
weiteste Verbreitung!
Bestellungen nimmt entgegen der
Verlag der „Freiheit“
Berlin NW. 6.
Schiffbauerdamm 19.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin • H. 24, Eichenstraße 22-26.
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1230, 1087, 0714.

Bezirks-Versammlungen

- für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin
in folgenden Lokalen:
- Norden: Tharnstraße, Müllerstraße 142, abends 8 1/2 Uhr.
 - Norden: Büttnerstraße, Schwedter Straße 28, abends 8 Uhr.
 - Norden: Viktoria-Garten (Frisch), Radstr. 12, abends 8 Uhr.
 - Roßitz: Sandtstraße, Teufelstraße 9 abends 8 Uhr.
 - Charlottenburg: Volkshaus, Köpenicker Str. 4, abends 8 Uhr.
 - Westen: Schöneberg, Steglitz: Kaiser-Wilhelm-Garten, Friedenau, Rheinstraße 65, abends 8 Uhr.
 - Osten und Nordosten: Andreasstraße (Zus. Scholz), Andreasstraße 21, abends 8 Uhr.
 - Lichtenberg und Spandau: Krummholz: Blume, Alt. Bay. bagen 86, abends 8 1/2 Uhr.
 - Weißensee: Restaurant Wasche, Berliner Allee 261, abends 8 Uhr.
 - Südwest: Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15, abends 8 Uhr.
 - Neukölln: Idealsstraße, Weißfelser Str. 8, abends 7 1/2 Uhr.
 - Tegel/Neukölln/West: Lehnhardt, Tegel, Berliner Straße 84, abends 6 1/2 Uhr.
 - Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal u. Umgegend: Restaurant Wagnere, Oberschöneweide, Wilhelmstraße 18, abends 8 Uhr.
 - Spandau: Steinweg, Eisenstraße 8, abends 8 Uhr.
 - Cöpenick/Friedrichshagen: Lehmann, Cöpenick, Bahnhofsstraße 44, abends 8 Uhr.
- Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Berichterstattung von der anderordnl. Generalversammlung.
2. Stellungnahme zu der am 8. Dezember 1918 stattfindenden ordentl. Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin.
Oben Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Jahresbescheid und dänisches Erscheinen wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.